



Staatsdumawahl in Russland

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

September 2026

Zusammenfassung

Vom 18.-20. September 2026 fand in Russland die Staatsdumawahl statt, die erste Parlamentswahl nach dem russischen militärischen Überfall auf die Ukraine. Völkerrechtswidrig wurde sie auch in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten durchgeführt. Die wirtschaftsliberale Partei „Jabloko“ war vom Obersten Gericht von der Listenwahl ausgeschlossen worden. Beobachter der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) waren zur Wahlbeobachtung nicht eingeladen worden. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte die Wahl als Test für die Unterstützung des russischen militärischen Vorgehens in der Ukraine bezeichnet. Mit 60 % war die Wahlbeteiligung so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Die Machtpartei „Einiges Russland“ (ER) erreichte bei der Listenwahl, auch unter dem Einsatz bekannter Methoden des Wahlbetrugs, 58 % – 8,2 % mehr als 2021. ER stellt nun durch Addition der direkt gewählten Kandidaten 355 Abgeordnete und erreicht so mit 78,9 % eine komfortable verfassungsändernde Mehrheit. Trotz der Unglaubwürdigkeit der offiziellen Ergebnisse kann diese Staatsdumawahl aus taktischer Sicht als Erfolg für den Kreml gewertet werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Analyse

Vom 18. bis zum 20. September 2026 wählten 110 Mio. Russen die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Parlaments.¹ Eine Woche vor der ersten Wahl nach dem militärischen russischen Angriff der Ukraine schätzte die kremlnahe „Stiftung für öffentliche Meinung“ (FOM) das Wahlergebnis für die Machtpartei „Einiges Russland“ (ER) nur auf 33 %. Dass fast eine Verdopplung des geschätzten Stimmenanteils erreicht wurde, ist das Ergebnis intensiver Mobilisierung durch Arbeitgeber und öffentliche Institutionen, unterstützt durch umfassende Überwachung, gepaart mit der Anwendung bekannter Methoden des Wahlbetrugs, der Wahlfälschung, der Stimmenkarussellwahl und der Manipulation von Wahlergebnissen durch Wahlkommissionen auf verschiedenen Ebenen.²

Zudem ist es üblich geworden, von Regierungsangestellten nicht nur den Nachweis zu verlangen, dass sie gewählt haben, sondern auch, dass sie für die Machtpartei „Einiges Russland“ gestimmt haben. Als Nachweis kann beispielsweise ein Foto des Stimmzettels oder ein Screenshot der Online-Wahl dienen.³

Staatsdumawahlergebnisse ab 2003 (in %)

Wahljahr (Präsident)	Einiges Russland (ER) (Veränderungen zur Wahl davor)	KPRF (Veränderungen zur Wahl davor)	LDPR (Veränderungen zur Wahl davor)	Gerechtes Russland* (GR) (Veränderungen zur Wahl davor)	Neue Menschen (NM) (Veränderungen zur Wahl davor)
2003 (Putin)	37,6	12,6	11,5	9,0	-
2007 (Putin)	64,3**	11,6	8,1	7,8	-
2011 (Medwedew)	49,3	19,2	11,7	13,2	-
2016 (Putin)	54,2 (+4,9)	13,3 (-5,9)	13,1 (+1,4)	6,2 (-7,0)	-
2021 (Putin)	49,8 (-4,4)	18,9 (+5,6)	7,6 (-5,7)	7,5 (+1,3)	5,3 (-)
2026 (Putin)	58 (+8,2)	13,7 (-5,2)	9 (+1,4)	5,1 (-2,4)	7,9 (+2.6)

* durch Parteienfusion 2021 neuer Name „Gerechtes Russland – für die Wahrheit“

** 2007 gab es nur das Verhältniswahlrecht, deshalb das hohe ER-Wahlergebnis

Zehn Parteien waren zur Listenwahl zugelassen worden, auch die wirtschaftsliberale Partei „Jabloko“. Aber im August 2026 – zwölf Tage nach der Zulassung zur Listenwahl – wurde sie vom Obersten Gericht von der Teilnahme ausgeschlossen. Anfang August ergaben Meinungsumfragen noch, dass 4-5 % für „Jabloko“ votieren würden. Sie durfte nun nur noch mit Direktkandidaten an der Wahl teilnehmen, aber keiner gewann ein Mandat.

Zwei führende Vertreter wurden wegen kritischer Äußerungen zum Ukrainekrieg zu langen Haftstrafen verurteilt. Ihre Wahlparole war „Für Freiheit und Gerechtigkeit“ und somit gegen Russlands Ukrainekrieg gerichtet.

Als Spitzenkandidat von ER kandidierte nicht ihr Vorsitzender, der Stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats Dmitrij Medwedew – Präsident Wladimir Putin gehört nicht der Partei an –, sondern der bisherige Staatsdumavorsitzende Wjatscheslaw Wolodin. Er versteht es, die „Stimmungen des Präsidenten zu deuten – heute der Schlüssel zum Überleben im System – und schmeichelt ihm bereitwillig plump“.

¹ <https://tass.ru/politika/28136487>

² <https://ridl.io/the-state-duma-election-as-an-anti-plebiscite/>

³ https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/09/russia-elections-new-techniques?utm_source=carnegieemail&utm_medium=email&utm_campaign=autoemail&mkt_tok=ODEzLVhZVS00MjIAAAGkh598aefx2ZtyVyGMQ47mZ1stDsH5nSWbC6pP4wu8wgtJ0xwsCA1PXaz7DTaWB06jGRy8di_pZCfHm5liI9nPitilYmVjujajvine1_BIE7hw



Medwedews Niederlage im Kampf um das Amt des Parlamentspräsidenten scheint ein Zeichen dafür zu sein, dass der „lange Prozess seiner Marginalisierung in der russischen Politik den Punkt überschritten hat, an dem es kein Zurück mehr gibt“. ⁴ Würde Wolodin wieder zum Staatsdumavorsitzenden gewählt werden, hätte er die längste Amtszeit aller seiner bisherigen Amtsvorgänger.

In den letzten fünf Jahren, die Amtszeit der Staatsduma, hatten die Behörden das Wahlrecht so geändert, dass die Wahlbeobachtung in den Wahllokalen erheblich erschwert wurde. „Die größte Wahlbeobachtungsorganisation des Landes, Golos, war aufgelöst worden. Andere spezialisierte Wahlbeobachtungsorganisationen wurden entweder eingestellt oder erlitten einen starken Rückgang.

Allein am ersten Wahltag duften 1.500 Beobachter von der KPRF und von „Jabloko“ die Wahllokale nicht betreten. Die Nutzung der elektronischen Fernwahl wurde auf 33 Regionen ausgeweitet. Diese elektronischen Fernwahlsysteme unterstehen vollständig der Kontrolle der Exekutive, während die Wahlkommissionen entmachtet sind.⁵

Auch die dreitägige Wahlperiode wurde zum Standard, obwohl sie äußerst schwer zu überwachen ist, da die Wahlurnen über Nacht unbeaufsichtigt bleiben. Beobachter der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) waren zur Wahlbeobachtung nicht eingeladen worden, was die Europäische Union als Verstoß gegen Verpflichtungen wertet, die alle OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangen seien.

Die Wahlbeteiligung lag bei 60 %, so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Auch in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten wurde die Wahl völkerrechtswidrig durchgeführt. Präsident Wladimir Putin hatte die Wahl als Test für die Unterstützung des russischen militärischen Vorgehens in der Ukraine bezeichnet. Das ist wohl auch der Hauptgrund, warum diese Staatsdumawahl durchgeführt wurde: Sie dient der Mobilisierung der Bevölkerung. Die Staatsduma dient als Forum zur Förderung regionaler und sektoraler Interessen und ist ein möglicher Karriereweg innerhalb des politischen Systems.⁶

Der Soziologe Denis Wolkow vom als „Ausländischer Agent“ des beim russischen Justizministerium gelisteten Moskauer Meinungsforschungsinstituts „Lewada-Zentrum“ analysierte die Wähler der gewählten Parteien.⁷ Die Mehrheit der Anhänger von „Einiges Russland“ (ER), „Gerechtes Russland“ (GR) und, in geringerem Maße, der nationalistischen „Liberal-demokratischen Partei Russlands“ (LDPR) und der Partei „Neue Menschen“ (NM), glaubt, dass sich das Land in die richtige Richtung entwickelt und zeigt allgemeine Zustimmung zu der Politik des Präsidenten.

Die Anhänger von „Jabloko“ und der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) seien am rebellischsten: Unter ihnen glaubt ein signifikanter Anteil der Befragten, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickelt. Diese Ansicht war vor allem unter „Jabloko“-Anhängern weit verbreitet. Die Anhänger von ER und „Jabloko“ scheinen finanziell am besten gestellt zu sein. Erstere berichteten jedoch häufiger von einer Verbesserung der Lage, während letztere eher von einer Verschlechterung sprachen.

Wähler der KPRF, von GR und der LDPR waren merklich ärmer und berichteten häufiger von einer Verschlechterung. Die Wähler von NM nahmen in all diesen Fragen eine Mittelposition ein. Traditionell zogen die Kommunisten die älteste Wählerschaft an. Was die Jugendlichkeit betrifft, lag „Jabloko“ jedoch vorn: Zwei Drittel ihrer potenziellen Wähler waren unter 35 Jahren alt, gefolgt von NM mit mehr als einem Drittel ihrer Anhänger unter

⁴ <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/06/russia-medvedev-future-perspectives?/>

⁵ <https://ridl.io/why-russia-s-electronic-voting-system-threatens-electoral-integrity-worldwide/>

⁶ <https://ridl.io/parliament-of-a-mobilized-state/>

⁷ <https://www.levada.ru/2026/09/23/motivy-golosovaniya-kak-obshhestvennye-nastroeniya-povliyali-na-itogi-dumskih-vyborov/>

dieser Altersgruppe. Die Altersverteilung der Wählerschaft der anderen Parteien entsprach in etwa dem nationalen Durchschnitt, mit einer leichten Verschiebung hin zur älteren Generation.

Die 450 Abgeordneten der Staatsduma werden zur Hälfte nach Parteilisten und zur Hälfte direkt gewählt. Im Gegensatz zum Deutschen Bundestag werden die Abgeordnetenstimmen für die Staatsduma nicht gegeneinander verrechnet, sondern einfach addiert. So ist zu erklären, dass ER in die Staatsduma 355 Abgeordnete entsenden kann, der größten Anzahl von ER-Abgeordneten aller Zeiten. Mit 78,9 % erreicht sie eine komfortable verfassungsändernde Mehrheit.

Der kremlikritische Politologe Alexander Morosow bezeichnete das neue Parlament als "Staatsduma des Krieges" und "eine blutrünstige Duma". Er erwartet mehr Repressionen und einen deutlich höheren Anteil von Hardlinern. Allerdings sind lediglich 49 Abgeordnete mit Kriegserfahrung gewählt worden. „Mit Blick auf Putins wiederholtes Versprechen einer ‚neuen, wahren Elite‘ zeigt das Ergebnis vor allem, wie vorsichtig der Apparat mit Veteranen umgeht: Er ist nur begrenzt bereit, etablierte Politiker zu verdrängen und einen größeren, schwerer kontrollierbaren Veteranenblock entstehen zu lassen.“⁸

Trotz der Unglaubwürdigkeit der offiziellen Ergebnisse kann diese Staatsdumawahl aus taktischer Sicht als Erfolg für den Kreml gewertet werden. Morosow geht zudem davon aus, dass Putin das Ergebnis als Legitimation für seine erneute Kandidatur bei der Präsidentenwahl 2030 nutzen könnte. Die neu gewählten Abgeordneten sind bis 2031 gewählt, also über die planmäßige Präsidentenwahl 2030 hinaus.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin und Vorstandsvorsitzender von Patrons of the Arts and Sciences e.V. (the-patrons.eu)".

Letzte Buchveröffentlichung *Politikberatung über den Osten. In der Kremlküche vor Putin*, 2026 BoD Books on Demand, ISBN 978-3-6963-3967-8.



8

<https://www.bing.com/search?PC=V206&FORM=V206DF&q=Deutsche+Welle+%22Keine+%C3%9Cberraschung%3A+Putins+Partei+gewinnt+Wahl+in+Russland%22>